

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies

Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Ludger Kühnhardt

**Die Zukunft
des europäischen
Einigungsgedankens**

**Discussion
Paper**

**C 53
1999**

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Jahrgang 1958, ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Von 1991 bis 1997 war er Ordinarius für Politikwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und 1994/95 Dekan der dortigen Philosophischen Fakultät IV. Nach Studien der Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Bonn, Genf, Tokyo und Harvard, Promotion mit einer Arbeit über das Weltflüchtlingsproblem und Habilitation mit einer Studie über die Universalität der Menschenrechte war er von 1987 bis 1989 Mitarbeiter des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Verschiedene Gastprofessuren und internationale Forschungsaufenthalte.

Publikationsauswahl: Europäische Union und föderale Idee, München 1993; Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München 1994; Von der ewigen Suche nach Frieden. Immanuel Kants Vision und Europas Wirklichkeit, Bonn 1996; Beyond divisions and after. Essays on democracy, the Germans and Europe, New York/Frankfurt a. M. 1996; (mit Hans-Gert Pötering) Kontinent Europa, Zürich 1998; Zukunftsdenker. Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend, Baden-Baden 1999.

Ludger Kühnhardt

Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

In den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts war die Euphorie längst verflogen, die Europa nach dem Sturm auf die Bastille von 1789 zunächst erfaßt hatte. Nach einer arkadischen Phase und einer terroristischen Phase war die Französische Revolution in den letzten Jahren vor der Jahrhundertwende, die als solche damals kaum gespürt und thematisiert wurde, in ihre cäsaristische Phase eingetreten. Die Anfangsbegeisterung, die beispielsweise auch die deutsche Frühromantik dem revolutionären Pathos im Banne von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entgegengebracht hatte, war längst verraucht. Hölderlin konnte 1797 im „Hyperion“ zwar noch immer von der Freiheit schwärmen, diesem tiefen Wort. In Goethes Drama „Der Bürgergeneral“ und seiner Komödie „Die Aufgeregten“ - beide von 1793 - aber hatte schon die Sorge vor den Auswirkungen des revolutionären Geschehens auf die biedereren Bauern in Deutschland überwogen. Von Ferne zogen die Vorahnungen über den Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation auf, das Samuel Pufendorf und andere längst als bizarre Mißkonstruktion abgekanzelt hatten. Allein in Großbritannien wurde 1799 getreu dem dort ungebrochen vorherrschenden Kontinuitätsgefühl das 40. Jahr der Regentschaft König Georg III. erwartet, der 1810 dem Wahnsinn verfiel und seine Regentschaft im darauf folgenden Jahr seinem Sohn, dem späteren Georg IV., übertragen mußte.

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts empfand Europa immer offenkundiger das lauter werdende, unausweichliche Ticken einer Bombe.

Während viele Menschen noch darauf bauten, daß das 20. Jahrhundert in einer Mischung von technologischer Innovation und massendemokratischem Aufbruch ein Säkulum des Friedens und der Prosperität werden würde, entdeckten die sensibleren Geister das Konzept des „fin de siècle“. Als Theaterstück wurde es ab 1888 in Paris auf die Bühne gehoben, als Programmidee schwang stets eine Stimmung dekadenten Niedergangs mit. Es kam nicht von Ungefähr, daß aus den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts der erste Spitzname einer Dekade überliefert ist: die „naughty nineties“ sollten eine Atmosphäre aufsässiger und frecher Impulse beschreiben, der bald die schreckliche Bereitschaft zu „blutgetrübten Gezeiten“ folgen sollte, wie es William Butler Yeats in Worte faßte.

In den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich ein ambivalentes Lebensgefühl über Europa gelegt. Freude darüber, den menschenverachtenden und opfervollen Diktaturen eines linken wie eines rechten Totalitarismus mit ersatzreligiöser Radikalität ebenso wie den brudermörderischen Schlachtungen eines alles in allem „Dreißigjährigen Bürgerkrieges“ zwischen 1914 und 1945 entronnen zu sein, hat sich mit der Wahrnehmung neuer Unsicherheiten vermischt, die zuweilen zu apokalyptischen Bildern hochstilisiert wurden. Die siegreichen Demokratien waren sich längst nicht mehr ihrer selbst so sicher, wie es im revolutionären Sturmjahr 1989, als die Berliner Mauer mit gleicher Symbolkraft fiel wie zwei Jahrhunderte zuvor die Pariser Bastille, noch zu vermuten gewesen wäre.

Alain Minc sah ein „neues Mittelalter“ in Europa aufziehen und Joachim Fest zitierte Paul Claudel: „Kamelgeruch liegt über Europa“.¹ Die materielle Kultur Europas, zumal innerhalb jener privilegierten Gruppe der Staaten und Völker der Europäischen Union, war bemerkenswert hoch und trotz aller sozialen Verwerfungen einigermaßen stabil. Das geistig-kulturelle Empfinden aber schwankte zwischen einem Vulgärhedonismus

1 Alain Minc, Das neue Mittelalter, Hamburg 1994; nach Joachim Fest, Im Gegenlicht. Eine italienische Reise, Berlin 1988, S. 388.

des „carpe diem“ und neuen Varianten des alten Themas Kulturpessimismus.

Das Abendland ist noch immer nicht untergegangen. Wie seine Zukunft indessen aussehen würde, ist ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Das alttestamentarische Buch der Apokalypse bietet die tiefgründigsten und düstersten Prophetien an. Bei Mark Twain können die Zeitgenossen eines neuen Millenniumswechsels ironischen Trost finden. Sein literarisches Menetekel ist zugleich Karikatur jedweder menschlicher Ambition, qualifizierte und überprüfbare Vorhersagen über die Zukunft zu machen: „Im Lauf von einhundertsechundsiebzig Jahren hat sich der Untere Mississippi um zweihundertsechundvierzig Meilen verkürzt. Das macht im Durchschnitt etwas mehr als eineindrittel Meilen pro Jahr. Deshalb kann jeder besonnene Mensch, der nicht blind oder schwachsinnig ist, sehen, daß der Untere Mississippi im altoolitischen Silur - nächsten November ist es gerade eine Million Jahre her - über eine Million dreihunderttausend Meilen lang war und wie eine Angelrute über den Golf von Mexiko hinausragte. Und umgekehrt kann jeder sehen, daß der Untere Mississippi in siebenhundertzweiundvierzig Jahren nur noch eindreiviertel Meilen lang sein wird und daß dann Kairo und New Orleans ihre Straßen zusammengelegt haben und unter einem Bürgermeister weitermachen werden. Wissenschaft hat etwas Faszinierendes an sich. So eine geringfügige Investition in Fakten liefert einen so reichen Ertrag an Voraussagen.“²

Daß Geschichte nicht einfach nur Geschichte ist, sondern stets auch Teil der sozialen und kulturellen Selbstdeutung einer jeden Gegenwart, kann im Sinne akademischer Selbstbespiegelungen endlos theoretisch reflektiert werden. Pragmatischer orientierte Gemüter geben sich mit naheliegenderen Beispielen zufrieden, die die These gleichermaßen stützen. Über die Zukunft jedenfalls wird, nimmt man allein den Ausstoß von Publikationen

2 Übersetzt nach: Mark Twain, *Life on the Mississippi*, in: Derselbe, *Mississippi Writings*, New York 1982, S. 338f.; allgemein zum Thema der Zukunftsspekulation als historischem Phänomen: Richard Lewinsohn (Morus), *Die Enthüllung der Zukunft*, Hamburg 1958.

mit entsprechenden Konnotationen zum Gradmesser, nicht zu jeder Zeit mit gleicher Intensität geschrieben.³ Vielleicht wurde zu anderen Zeiten statt dessen mehr über ihre Anforderungen nachgedacht oder mehr im Sinne der Zukunft gelebt - daß über „die Zukunft“ geschrieben und publiziert wird, scheint ein Ausdruck des Zeitgefühls zu sein, welches sich erst aus den Trümmern des zweiten „Dreißigjährigen Bruderkrieges“ in Europa erhob.

Zuvor hatte der reflektierende Blick eher der Vergangenheit gegolten. Geschichte war noch keine Prognostik und schon gar nicht Prophetie. Als weltanschauliches System hatte das marxistische Denken zwar immer eine Gegenposition vertreten: Nach der Geschichtsprophetie des „historischen Materialismus“ war der Stufenverlauf der menschlichen Geschichte determiniert und auf das Ziel der klassenlosen Utopie ausgerichtet. Bürgerliche Geister hatten dagegen stets rebelliert, gleichgültig ob dies nun modisch und opportun war oder nicht. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist der marxistische Irrtum eindeutig widerlegt und gescheitert, doch schien es zu seinen verschlungenen Erfolgen zu gehören, daß in der Welt der bürgerlichen Demokratien mehr denn je von „Zukunft“ und von „Zukunftsprognosen“ die Rede ist.

Diesen Eindruck muß jedenfalls gewinnen, wer sich beispielsweise durch die Bibliotheken der europapolitischen Literatur wühlt. Von Zukunft war im Zusammenhang mit Europa um die Schwelle des 19. auf das 20. Jahrhundert kaum die Rede und selbst in den unmittelbaren Jahren nach dem Ende des zweiten Dreißigjährigen Bürgerkrieges in Europa waren Titel eher Einzelfälle, die im Blick auf Europa ihren Analysen des Gewordenen

3 Aus marxistisch-leninistischer Perspektive und aus der Feder von DDR-Autoren wurde 1988 des „45. Geburtstags“ des Zukunftsbegriffs erinnert; er sei 1943 geschöpft worden, als Ossip K. Flechtheim erstmals den Begriff der „futurology“ in die Diskussion gebracht habe: Eberhard Fromm/Egbert Joos, Um die Zukunft. Ein Begriff wird 45 Jahre alt, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Jahrgang 36, Nr.12, 1988, S. 1116ff.

den Zukunftsbegriff zugrundelegten. „Die Zukunft des Abendlandes“⁴ - das war nach 1945 als ernstes und tiefes Ringen mit Europas Gegenwart gemeint.

Doch bald sollte eine ganze Flutwelle von Zukunftstiteln folgen. Nur einige wenige können, stellvertretend für ein ganzes Genre zukunftsorientierter Europa-Literatur, genannt werden: „Föderalismus und Zentralismus: Europas Zukunft zwischen dem deutschen und dem französischen Modell“⁵; „Zukunft Stadt. Europas Metropolen im Wandel“⁶; „Die Zukunft Europas. Welche Rolle soll die Kommission übernehmen?“⁷; „Christliche Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas“⁸; „Föderale Union - Europas Zukunft“⁹; „Die soziale Zukunft Europas: Bedingungen und Perspektiven einer europäischen sozialen Integration“¹⁰; „Die Sprachenwelt Europas: Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural“¹¹; „Europäische Verkehrspolitik: Wege in die Zukunft“¹²; „Rußlands Zukunft - Europas Schicksal“¹³; „Gottes Gebot oder Chaos - was bringt Europas Zukunft?“¹⁴;

- 4 So Louis Emrich, Die Zukunft des Abendlandes. Europa in der Welt von morgen, Freiburg im Breisgau 1946.
- 5 Günther Ammon, Föderalismus und Zentralismus: Europas Zukunft zwischen dem deutschen und dem französischen Modell, Baden-Baden 1996.
- 6 Michael Häupl, Zukunft Stadt, Europas Metropolen im Wandel, Wien 1996.
- 7 Jacques Santer, Die Zukunft Europas: Welche Rolle soll die Kommission übernehmen?, Luxemburg 1995.
- 8 Mechtild E. Löhr, Christliche Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas, Trier 1995.
- 9 Heinrich Schneider/Dieter Biehl/Wolfgang Wessels (Hg.), Föderale Union - Europas Zukunft?, München 1994.
- 10 Berthold Dietz, Die soziale Integration Europas: Bedingungen und Perspektiven einer europäischen sozialen Integration, München 1994.
- 11 Harald Haarmann, Die Sprachenwelt Europas: Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural, Darmstadt 1993.
- 12 Kenneth John Button, Europäische Verkehrspolitik: Wege in die Zukunft, Gütersloh 1992.
- 13 Hermann Lübke/Hermann Amrein (Hg.), Rußlands Zukunft - Europas Schicksal, Mainz 1993.

„Deutschlands Einheit und Europas Zukunft“¹⁵; „KSZE in Wien: Kursbestimmung für Europas Zukunft“¹⁶; „Warten auf die Barbaren: Essays über die Zukunft des geistigen Europas“¹⁷; „Europas Mehr-Wert: Chance für die Zukunft: gemeinsame Technologiepolitik“¹⁸; „Europas grüne Zukunft“¹⁹; „Chancen für Europas Zukunft: Führung als internationaler Wettbewerbsfaktor“²⁰; „Gruppendynamik: Geschichte und Zukunft“²¹; „Unser Schicksal - unsere Zukunft 1987: Tendenzen für jedes Tierkreiszeichen und was die Sterne über die Zukunft Europas und der Welt verraten“²²; „Schicksal und Zukunft der Vögel Europas“²³; „Vergangene Zukunft“²⁴ und „Vergangenheit als Zukunft“.²⁵ Die Bertelsmann-Stiftung hat eine ganze Projektreihe „Strategien und Optionen für die Zukunft Europas“²⁶ initiiert, deren Ertrag aus diversen Veröffentlichungen zum Thema

- 14 Georg Huntemann, Gottes Gebot oder Chaos - was bringt Europas Zukunft?, Lahr 1992.
- 15 Bruno Schoch, Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt 1992.
- 16 Hans-Heinrich Wrede, KSZE in Wien: Kursbestimmung für Europas Zukunft, Köln 1990.
- 17 Hilmar Hoffmann (Hg.), Warten auf die Barbaren: Essays über die Zukunft, Köln 1990.
- 18 Bernhard Sölzer, Europas Mehr-Wert: Chance für die Zukunft: gemeinsame Technologiepolitik, Bonn 1989.
- 19 Günther Thiede, Europas grüne Zukunft, Düsseldorf 1975.
- 20 Knut Bleicher, Chancen für Europas Zukunft: Führung als internationaler Wettbewerbsfaktor, Frankfurt 1989.
- 21 Gerhard Schwarz/Traugott Lindner (Hg.), Gruppendynamik: Geschichte und Zukunft, Wien 1993.
- 22 Buchela, Unser Schicksal - unsere Zukunft 1987: Tendenzen für jedes Tierkreiszeichen und was die Sterne über die Zukunft Europas und der Welt verraten, Rastatt 1986.
- 23 Stanley Cramp, Schicksal und Zukunft der Vögel Europas, Greven 1978.
- 24 Reinhart Koselleck, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt 1979.
- 25 Jürgen Habermas, Vergangenheit als Zukunft: das alte Deutschland im neuen Europa, München 1993.
- 26 Bertelsmann-Stiftung, Strategien und Optionen für die Zukunft Europas, Gütersloh 1988; zu den Einzelveröffentlichungen zählen unter anderem: Werner Weidenfeld/Josef Janning, Der Umbruch Europas: Die Zukunft des Kontinents, Gütersloh 1990; Bertelsmann-Stiftung (Hg.) Die Zukunft Europas - Kultur und Ver-

besteht. Fast schon bescheiden klingen da Titel wie „Europas Zukunft - Europas Alternativen“²⁷ oder „Europa: Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft“.²⁸

Das etymologische Wörterbuch der deutschen Sprache verhilft kaum zu einer hinreichenden Erklärung dieser Phänomenliteratur. Zukunft, so heißt es dort, gehe zurück auf das mittelhochdeutsche „zuokumft“ und das althochdeutsche „zuochumft“, was jeweils synonym mit dem Wort „Ankunft“ sei; seit dem spätmittelhochdeutschen Gebrauch habe sich unter Einfluß des Adjektivs „zukünftig“ der Sinn „zukünftige Zeit“ für das Wort „Zukunft“ durchgesetzt.²⁹ Wird die Zukunftsliteratur nun getragen von der hoffenden Sicherheit der zukünftigen Zeit, von dem Willen zur Zukunft, oder von der Idee der Ankunft, von einer Vision aus der Zukunft? Auch darüber ließe sich vermutlich ein umfassendes geschichtsphilosophisches und textanalytisches Seminar abhalten. Am Übergang in das dritte Jahrtausend christlicher Zeitrechnung erübrigt sich diese Denksportübung. Das miraculöse Datum des Jahres 2000 bestimmt die Perspektive der Betrachtungen mit geradezu naturgesetzlicher Kraft. Den rationalen Zeitgenossen motiviert dieses Datum zunächst einmal zum besonnenen Rückblick. Denn Zeitenübergänge millenarischen Ausmaßes sind zu selten, um nicht eine eigene Würdigung zu verdienen. Und sie sind zu selten, um nicht aus der Wirkung ihrer Einmaligkeit heraus eine eigene Dynamik auf die zukünftige Zeit, die Zukunft zu entfalten.

Der Übergang einer tausendjährigen Periode der Geschichte kann nur Ehrfurcht und Inspiration auslösen. 248 nach Christus erlebten dies die Bewohner der (noch immer) Ewigen Stadt, die den eintausendsten Ge-

fassung des Kontinents, Gütersloh 1991; Kenneth Button, Europäische Verkehrspolitik - Wege in die Zukunft, Gütersloh 1992.

27 Alistair Buchan, Europas Zukunft - Europas Alternativen: sechs Modelle für das Westeuropa der siebziger Jahre, Opladen 1969.

28 Günter Gehl, Europa: Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft, Saarbrücken 1993.

29 Lutz Mackensen, Ursprung der Wörter. Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, München 1985, S. 443.

burtstag der legendären Gründung Roms durch Romulus und Remus feiern konnten. Die Milleniumsfeiern vermischten sich mit hoffenden Gebeten, dem barbarischen Ansturm wirkungsvoll zu begegnen, der Rom und das Römische Reich schon in seinen Grundfesten erschüttert hatte. Auf den Hügeln des Kapitols und des Palatins tanzten die Massen indessen vergeblich. Freier Weizen, Gerste und Bohnen wurden der Menge verteilt. Die aristokratische Jugend sang Hymnen zu Ehren Apollos oder Dianas. Der Kaiser Decius, der im Jahr 249 das Regiment übernahm, war so überzeugt von der römischen Überlegenheit und den Kräften, die in einem Millenium gewirkt hatten, daß er beschloß, diese Traditionen mit Hilfe einer ersten reichsweiten Christenverfolgung zu ehren.

Das Christentum setzte sich am Ende dennoch durch, als prägende Religion Europas und als maßstabgebend für die Kalenderfestlegung. Obgleich Jesus von Nazareth, der Christus, der Gesalbte, wohl nicht im Jahre 0 geboren wurde, wird die Zeit in Europa schon länger nach seinem angeblichen Geburtsdatum gerechnet als nach irgendeinem anderen Kalendarium. Die Praxis der konsekutiven Jahreszählung „nach Christi Geburt“ wurde erst im 6. Jahrhundert durch den Mönch Dionysius Exiguus eingeführt und hat sich bis heute nicht als die einzige universelle Zeitenrechnung durchgesetzt. Nicht einmal alle Völker, die dem christlichen Glaubensbekenntnis verpflichtet sind, zählen identisch - jedenfalls hinsichtlich der Festlegung ihrer Hochfeste und Feiertage. Dennoch ist die Zählweise, die mit „Christi Geburt“ einsetzt, die in der Welt vorherrschende - und sie ging von Europa aus.

Während im Jahre 999 viele Menschen in Europa keinen Sinn dafür gehabt haben durften, daß ein Jahrtausend sich dem Ende zuneigte, konnten die Menschen anderer Räume der Welt, die bis dahin nicht in innige Berührung mit Europa und der christlichen Religion gekommen waren, diesen Sinn nicht einmal theoretisch entwickeln. Bis zum Jahre 1999 ist dies gänzlich anders geworden. Viele Menschen mögen keine rechte Vorstellung von der christlichen Religion besitzen oder keinen Begriff (mehr) davon besitzen, welche kulturprägende Wirkung das Christentum entfaltet

hat: doch alle Völker aller Kontinente richten sich auf ein neues Jahrtausend ein und lassen sich von der Magie der Jahreszahl 2000 mittelbar oder unmittelbar ansprechen.

In dieser Situation kann dem Thema nur noch mit Hilfe eines groben Wechsels der Perspektive eine Facette abgewonnen werden, die nicht schon in allen nur denkbaren Varianten reflektiert worden ist: die Zukunft Europas in das Licht der Geschichte Europas zu tauchen. Präziser gefaßt: die Zukunft des dritten Millenniums aus der Sicht der Erfahrungen der zwei verflossenen Jahrtausende zu suchen. Um nicht eine vielbändige Universalgeschichte vorlegen zu müssen, bleibt dafür nur ein Weg möglich. Skizzenhaft und holzschnittartig sollen einige zentrale Grundtatsachen in Erinnerung gerufen werden, die charakteristisch für Europa und das Zusammenleben seiner Völker an der Schwelle der beiden bisherigen Millenniumswechsel gewesen sind.

Dabei gilt es in Rechnung zu stellen, daß die Zeitschwelle, von der rückblickend als „Christi Geburt“ die Rede ist, für die damaligen Zeitgenossen noch keineswegs als epochaler, geschweige denn millenarischer Zeitenwechsel gelten konnte. „Machtvoll aufs neue erhebt sich der Zug der Epochen zum Kreislauf“, konnte Vergil zwar im Jahre 41 vor Christus im vierten seiner Hirtengedichte schreiben und die prophetische, später auf die Geburt Jesu bezogene Wendung vom „kommenden Kind“ anfügen, mit dessen Geburt das Eiserne Zeitalter vom Goldenen Zeitalter abgelöst werden würde.³⁰ Ein Umbruch lag in der Luft des Römischen Imperiums. Daß indessen eine neue Religion zugleich zu einer völligen Neubestimmung des nachwirkenden Verständnisses dieses Weltreiches werden und zugleich seinen geistigen und politischen Schwerpunkt aus der Welt des Mittelmeeres in den europäischen Kontinent hineinverlagern sollte, war einstweilen nicht einmal in den kühnsten Spekulationen der Zeit zu erahnen.

30 Vergil, Hirtengedichte, Viertes Gedicht, in: Derselbe, Werke in einem Band, Berlin, Weimar 1984, S. 34.

Als Kaiser Augustus im Jahre 14 nach Christus starb, „bedeckte das Römische Reich eine Fläche von 8.650.000 Quadratkilometern, mehr als die Vereinigten Staaten von Amerika und hundertmal mehr, als die Fläche Roms vor den Punischen Kriegen betragen hatte“.³¹ Das Römische Reich beheimatete im Jahr 27 vor Christus nach Auskunft der „Res Gestae“ des Augustus 4.063.000 Bürger im Sinne des römischen Bürgerrechts (die Stadt Rom allein davon 800.000). Der dritte Zensus des Augustus im Jahre 14 nach Christus ergab eine Zahl von 4.937.000 römischen Bürgern - und dies bei einer geschätzten Gesamterdbevölkerung von circa 160 Millionen, die sich bis zum Jahr 900 verdoppeln sollte.³² 1998 brachte die Stadt Rom 2,63 Millionen³³ Bürger auf, in der Europäischen Union lebten 372 Millionen „Unionsbürger“ und auf dem Erdball 5,99 Milliarden³⁴ Menschen. Die Europäische Union umfaßte vor ihrer neuen Erweiterung um mittelosteuropäische „Reformländer“ eine Fläche von 3,2 Millionen Quadratkilometern, viermal weniger als die USA und weniger als halb so groß wie das Römische Reich zu seiner Hochblüte.

Zur Zeit der Geburt Christi, die die meisten Kirchengeschichtler heute auf das Jahr 7 „vor Christus“ datieren, als in Syrien unter dem Statthalter Quirinus eine Volkszählung stattfand und eine langanhaltende Begegnung von Saturn und Jupiter am Firmament im Morgenland den Glauben an die Messiaserwartung stärkte, begannen zwei grundsätzlich auseinanderlaufende Tendenzen ihren Weg:

1. Das Römische Imperium geriet zunehmend in eine Krise seines Selbstverständnisses, seiner kulturellen und geistig-politischen Idee. Der „äußere Aufstieg zum Weltreich“ hielt einstweilen zwar noch an - im Jahre 7

31 Will Durant, Der Aufstieg Roms und das Imperium, Frankfurt 1981 (Neuaufgabe), S. 244.

32 Nach: Augustus, Res Gestae/Tatenbericht, Stuttgart 1986, S. 11f. und Werner Stein, Der große Kulturfahrplan, München 1987 (erweiterte Auflage), S. 243ff.

33 Angabe aus dem Internet, <http://www.rb-kimm.globusweb.de/laender/italien/flagi.htm> (20. April 1999).

34 Angabe aus dem Internet, <http://www.dsw-online.de/cgi-bin/user/hf1001/count.pl> (20. April 1999).

wurde beispielsweise die römische Provinz Germanien mit dem Zentrum im heutigen Köln errichtet -, aber die innere Substanz im Kern dieses Imperiums war zutiefst erschüttert. Die Versuche des Augustus, mit dem Prinzipat eine neue Ordnung zu errichten, reichten nicht aus, um den inneren Krisenerscheinungen zu begegnen. Die römische Republik drängte zur Monarchie und blieb doch von einer tiefgreifenden sozialen und moralischen Krise erschüttert. „Rom barst vor Menschen, die ihre wirtschaftlichen Grundlagen und ihre moralische Festigkeit verloren hatten“, schrieb Will Durant und zeichnete ein Bild der Umstände, das konservative Kulturkritiker rasch den Vergleich zum ausgehenden dritten Millennium ziehen läßt - jedenfalls im Blick auf Europa: „Die Kinderlosigkeit breitete sich als Ideal der schwindenden Lebenskraft aus, und ein hohler Intellektualismus tat sich viel auf seinen Pessimismus und Zynismus zugute.“³⁵ Die Gesetze, die Augustus im Jahre 19 vor Christus gegen die Kinderlosigkeit und gegen die Verschwendungssucht erlassen hatte, konnten keine wirkliche Wende bringen. Rom und sein Reich warteten auf eine ganz neue Botschaft, die messianische Lehre von der Weltenwende.

2. In ihrem Gefolge vollzog sich die bis zum Jahr 2000 wirksame Verschiebung der europäischen Entwicklungsachse vom Mittelmeer auf das europäische Binnenland. West- und Nordeuropa sollten zunehmend Eingang in eine Welt finden, die bisher als mittelmeerische Kulturzone ihr Selbstverständnis definiert hatte. Die Einflußnahme war zunächst gewaltsam und führte infolge der Völkerwanderungen zum Zerfall des Römischen Reiches. Dies aber erwies sich später als Bedingung für jenen achsenwendenden Vorgang der „translatio imperii“, wodurch das Christentum zur Religion Europas und Rom als Ewige Stadt sein „Hinterland“ nicht mehr über das Meer und gen Osten fand, sondern nach Norden über die Alpenpässe. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation trat mit dem Stellvertretungsanspruch an den Ort des untergegangenen Römischen Reiches und definierte bei allen seinen Eigenheiten erstmals eine Art von

35 Will Durant, Der Aufstieg Roms und das Imperium, a.a.O., S. 237.

„Kerneuropa“. Im Jahr 2000 ist der Blick Europas wieder auf den Mittelmeerraum gerichtet, indessen nicht auf der Suche nach neuen Impulsen einer Mysterienreligion, sondern in Unruhe über den demographischen Druck, der sich an dieser kulturellen Wasserscheide zwischen einem säkularisiert-christlichen Europa und einem irritierend islamischen Raum als soziale und politische Herausforderung aufzubauen begann.

Das Römische Reich war einer Europäischen Union gewichen, deren juristische Basis aus vier Verträgen, acht Protokollen und 34 Erklärungen besteht, ohne daß das Verhältnis zwischen nationalstaatlicher Souveränität und europäischer Identität zufriedenstellend gelöst worden wäre.³⁶ Manche Kritiker meinten, Europa sei auf dem Wege, eine Großmacht zu werden, ohne eine Staatsidee zu besitzen.³⁷ Vom „christlichen Europa“ war fast nurmehr in Antithese zur islamischen Welt die Rede. Gewöhnlich war von einem säkularisierten Europa zu hören, ehrlicher wohl wäre es gewesen, von einem materialistischen Europa zu sprechen, das in der Suche nach einer gemeinsamen Währung seine größten emotionalen Kontroversen austrug und offenkundig den Begriff seines intensivsten Selbstverständnisses fand. Der EURO wurde nicht als Weg in ein neues Goldenes Zeitalter überhöht, aber seine Funktionsfähigkeit schien zu einer Schlüsselfrage für die Handlungsfähigkeit des europäischen Integrationsprozesses geworden zu sein.

Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts hatte dieser beachtliche und historisch parallele Etappen und Erfolge durchlaufen. Wie das Römische Weltreich an der Schwelle des ersten Millenniums suchte die Europäische Union an der Schwelle zum dritten Millennium nach der geistig-ethischen Substanz des Selbstverständnisses und nach der praktisch-politischen Legitimität der Einheit. Das altrömische Wort vom „subsidium“ hat als „Sub-

36 Vgl. Cesare Merlini, Europäische Außenpolitik und nationale Souveränität, in: Internationale Politik, Nr.1/1997, S. 68ff.

37 Gustav Seibt, Europa als Gedanke und als Tat. Entsteht in Maastricht eine Großmacht ohne Staatsidee?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 283, 6.Dezember 1994, S. 37.

sidiaritätsprinzip“ eine bemerkenswerte Begriffskarriere gemacht, die indessen in umgekehrt proportionalem Verhältnis zu seinen abstrakten und nur schwer justiziablen Möglichkeiten steht.

Die Europäische Union sucht jedenfalls nach einem Ausgleich zwischen den Interessen ihrer Völker, während die Römer ihr Weltreich sozusagen unilateral dominierten und ihre Herrschaft „auf eine Art von Staatenbund unter ihrer Führung gegründet“ hatten.³⁸ Im Jahr 27 vor Christus war das Römische Weltreich in senatorische und in kaiserliche Provinzen eingeteilt worden. Augustus suchte nach Erweiterungen, sofern diese die Sicherheit des bestehenden Reiches weiter erhöhen würden. Der Maastrichter Vertrag, der 1991 nach Christus zur Gründung der Europäischen Union geführt hat, sucht zwischen den Interessen der europäischen Institutionen (Kommission, Ministerrat, Parlament) und den Anliegen der Regionen Europas sowohl einen horizontalen wie einen vertikalen Ausgleich herzustellen. Hinter der Formel vom „Subsidiaritätsprinzip“ verbirgt sich mehr eine Aufgabe als ihre schlüssige und dauerhafte Lösung. Die Dialektik von „Erweiterung“ und „Vertiefung“ hält in der Europäischen Union an und berührt immer wieder auch die Frage nach der Sicherheit Europas an seinen noch immer schwer definierbaren Außengrenzen.³⁹

Niemand konnte indessen behaupten, Europa hätte seine technologische Innovationsphantasie verloren. Etwa seit dem Jahr 25 vor Christus waren bei den Römern tragbare Sonnenuhren bekannt. An der Schwelle zum dritten Jahrtausend symbolisierte das tragbare Telephon die Mobilität und Wichtigkeit vieler Europäer und anderer Weltbürger. Im Ringen mit Zeit und Raum schien die Kraft der Menschen kaum zu versiegen, wenngleich ihre Gesetze weniger schwer zu überwinden blieben als jene, die für den Menschen den Anfang und das Ende des menschlichen Lebens definieren.

38 Hans-Georg Pflaum, Das Römische Kaiserreich, in: Golo Mann/Alfred Heuss (Hg.), Propyläen Weltgeschichte, 1. Band, 2. Halbband, Frankfurt 1976, S. 383.

39 Vgl. Bergedorfer Gesprächskreis, Europa - aber wo liegen seine Grenzen?, Protokoll Nr.104, Hamburg 1995.

Im nachaugusteischen Jahrhundert hatten sich „die Klagen über die sittlichen Schäden der Zeit“ verstärkt, die besonders trostlos im Blick auf die Sexualmoral und die Treue der Eheleute gewesen sein müssen.⁴⁰ Ein Zunahme der Ehescheidungen, aber auch „Beispiele von betonter Emanzipation der Frau und von ihrem unnatürlichen literarischen Ehrgeiz“ gaben in den Schriften der Zeit „immer wieder Anlaß zu einer pessimistischen Betrachtung der Zeit überhaupt.“⁴¹ Eitles Ruhmesbewußtsein griff um sich und die Selbstherrlichkeit fand ihre „äußerste Steigerung in der Anerkennung des Selbstmordes „als ein Geschenk der Natur, das den Menschen über die Götter erhebe“, wie beispielsweise der ältere Plinius als Teil eines Chores pries, in den auch Tacitus, Cato, Seneca, Otho und andere einstimmten als Verfechter einer „stolzen, oft selbstgefällig prunkenden Todesverachtung“.⁴²

An der Schwelle zum dritten Millenium ist in der westlichen Welt das Problem der Abtreibung ebenso Gegenstand kontroverser Moralvorstellungen wie die Frage nach der ethischen Einordnung des Hirntodes oder der Euthanasie. In bezug auf Sexual- und Ehemoral ist nurmehr ein äußerst begrenztes Schuld- und Sittengefühl verbreitet. Der Wert des Lebens und der Konsens über seinen Anfang und sein Ende scheinen weithin von einer anthropozentrischen Beliebigkeit bestimmt zu werden. Bei der Suche nach der Zukunft Europas werden diese Themen indessen eher ausgeblendet - wie auch im alten Rom die soziologische und ethisch-kulturelle Seite der eigenen Wirklichkeit nur allzu lange hinter der Fassade des politischen Glanzes verborgen wurde. „Zukunft“ aber kann niemals nur „Zukunft“ der öffentlichen politischen und rechtlichen Institutionen sein. Denn Moral ist niemals nur eine Privatangelegenheit gewesen.

Diese Grunderkenntnis zog sich durch die gesamte Geschichte der Suche nach einer friedlichen und zivilisierten Ordnung Europas. Europa ist im-

40 Karl Dietrich Bracher, *Verfall und Fortschritt im Denken der frühen römischen Kaiserzeit*, Wien 1987, S. 108.

41 Ebenda, S. 110f.

42 Ebenda, S. 146.

mer nur als normative Idee denkbar gewesen, die im besten Falle eine glückliche Synthese mit utilitaristischen Interessen einging. Ohne Norm, ohne Idee von sich selbst und den Zielen, denen zugestrebt werden sollte, war Europa immer nur ein Steinbruch der Beliebigkeit, eine archäologische Parklandschaft. Wenn immer Europa aber eine Idee von sich selbst zu formulieren wußte, blühte der Kontinent auf. So geschah es auch an der Zeitschwelle zum zweiten Millenium. Das Jahr 1000 nach Christus war inspiriert von der Vision der „renovatio imperii Romanorum“. Was immer man von dieser anmaßenden Strategie der Geschichtsaneignung auch halten mochte: Unter Otto dem Großen fand Europa sich über den Weg einer Idee wieder.

Natürlich ist der Aufstieg Europas als christliches Abendland nicht denkbar ohne Karl den Großen und wohl auch nicht ohne Mohammed.⁴³ Natürlich ist der Beginn des zweiten Jahrtausends auf immer verbunden mit dem erregenden Aufstieg millenarischen Denkens, das Europa in unterschiedlichen Varianten „das neue irdische Paradies“⁴⁴ verhiieß und mit dem beim Wechsel zum dritten Jahrtausend aufs Neue gerechnet werden muß. Doch seine politische Konzentration erfuhr die geistige Selbstdeutung Europas erst im Zeichen der Konzeption einer „renovatio imperii“ - nach dem Zerfall des karolingischen Großreiches in eine „Francia latina“ und eine „Francia teutonica“. Dieses Ostfranken wurde seit dem 9. Jahrhundert nach ihrer „Volks- oder Vulgärsprache“⁴⁵ (lingua theodisca) „Germania“ genannt. 951 wurde Otto der Große in Pavia, der alten lan-

43 Damit sei verwiesen auf die faszinierende Studie von Henri Pirenne, Mohammed und Karl der Große. Untergang der Antike am Mittelmeer und Aufstieg des germanischen Mittelalters, Frankfurt am Main 1986 (Die Originalausgabe erschien erstmals 1936 unter dem Titel „Mahomet et Charlemagne“).

44 So der Titel der brillanten Studie von Norman Cohn, Das neue irdische Paradies. Revolutionärer Millenarismus und mystischer Anarchismus im mittelalterlichen Europa, Reinbek 1988 (Die Originalausgabe erschien erstmals 1957 unter dem Titel „The Pursuit of the Millenium. Revolutionary Millenarians and Mystical Anarchists in the Middle Ages“).

45 Karl Bosl, Europa im Mittelalter. Weltgeschichte eines Jahrtausends, Bayreuth 1975, S. 175.

gobardischen Residenzstadt, zum „Rex Francorum et Italicorum“ ernannt; 966 ließ er sich als „Imperator Romanorum et Francorum“ umtitulieren. Im Bedeutungswandel der Namen drückte sich der „Übergang von der antiken Welt zum archaischen Europa, in dem die Franken führend wurden“⁴⁶ aus.

Die Jahrtausendschwelle fiel in die Zeit des Kaisertums Otto III. Seine Mutter war eine Griechin, geistig wurde er beeinflusst und inspiriert von dem kalabrischen Griechen Johannes Philagathos, dem Kapellan Bernard, der seit 993 als Bischof von Hildesheim anzufinden war, Leo, seit 999 Bischof von Vercelli, und Gerbert von Aurillac. Europa wurde zur Vision Ottos und seine Kaiserzeit „stand im Zeichen seiner hochgespannten Kaiseridee“.⁴⁷ Als den Mächtigsten in Deutschland erreichte ihn ein Hilferuf des Papstes Johannes XV., der Otto 996 zum „Romzug“ beflügelte. Die Römer holten den Papst zurück und baten Otto nach dessen Tod 996 um die Designation eines Nachfolgers - er entschied für den Kärntner Brun, der als Gregor V. von 996 bis 999 erster deutscher Papst wurde.

Schon das erste Regierungsjahr Ottos 995 hatte mit einem Feldzug gegen die nördlichen Elbslawen im Zeichen einer „Ostpolitik“ gestanden, die der „Osterweiterung“ der EU, wie sie an der Schwelle zum Jahr 2000 ansteht, in gewissem Sinne vorausgriff. Zu Beginn des Jahres 1000 pilgerte Otto mit dem Herzog Boleslaw von Polen zum Grab des Heiligen Adalbert in Gnesen. Dieser Glaubensprediger und vormalige Bischof von Prag hatte 997 den Märtyrertod gefunden. In seinem Geiste stand die Gründung des Erzbistums von Gnesen, die nicht nur einen Beitrag zur Verselbstständigung der polnischen Kirche, sondern vor allem eine Verankerung Polens im lateinischen Europa nach sich zog.

46 Ebenda.

47 Kurt Reindel, Königtum und Kaisertum der Liudolfinger und frühen Salier in Deutschland und Italien (919-1056), in: Theodor Schieder (Hg.), Handbuch der europäischen Geschichte, 1. Band, Stuttgart 1976, S. 703.

Die gleiche Wirkung entfaltete die Kirchenpolitik Otto III. in Ungarn. Im April 1001 beschloß eine kaiserlich-päpstliche Synode in Ravenna eine ähnliche Struktur für Ungarn, wie sie in Polen bestand: Gran, das heutige Estergom, wurde zum Erzbistum erhoben und der seit einigen Jahren zum Christentum übergetretene und überdies mit einer bayerischen Prinzessin verheiratete Herzog Stephan erhielt den Königstitel als erster christlicher König Ungarns. Wie sein polnischer Kollege schenkte er sein Land dem Heiligen Petrus. „Beide Länder wurden damit endgültig dem lateinisch-abendländischen Kirchentum gewonnen.“⁴⁸ Die kulturelle Einheit von Prag, Gnesen und Estergom, von Tschechien, Polen und Ungarn mit dem Westeuropa des Jahres 2000 steht außer Zweifel und wurzelt in diesen nun tausend Jahre zurückliegenden Entscheidungen. In diesem Zusammenhang muß auch an die Christianisierung Islands erinnert werden, die ebenfalls im Jahr 1000 am Ort des ältesten Parlamentsplatzes von Europa, in Thingvellir, vollzogen wurde und auch diesen äußersten westlichen Randstaat des Kontinents in die geistlich-kirchliche Einheit des christlichen Europas aufnahm, wie sehr auch immer altwikingische Kult- und Kulturtraditionen nachwirkten.

Die von Otto III. gehegte Vision einer Erneuerung des Reiches aus dem Geiste Roms orientierte sich am Beispiel Karl des Großen und zugleich in einer nicht widerspruchsfreien Weise am Vorbild von Byzanz, wo er vergeblich um eine Prinzessin werben ließ. Mittelpunkt seines Europakonzeptes blieb Rom. Als nach Gregors frühem Tod 999 Gerbert von Aurillac Papst wurde, war es kein Zufall, daß er sich Silvester II. nannte - nach dem päpstlichen Partner des einstigen Kaisers Konstantin. Seit dem Jahr 998 zirkuliert „die Legende“⁴⁹ von der Bleibulle Otto III., die das Programm der „renovatio imperii Romanorum“ enthalten haben soll. Otto ließ auf dem Palatin eine neue Kaiserpfalz erbauen und richtete Hofämter

48 Ebenda, S. 705.

49 Ebenda, S. 704; siehe auch: Gerd Althoff, Otto III., Darmstadt 1996.

und Hofitel neu ein, die sein Streben nach Rom veranschaulichten. Die Grafen von Tusculum wurden Ottos einheimische Befürworter.

Rom und die Römer wehrten sich gegen eine allzu starke und zudem ausländische Herrschaft, schon Anfang 1001 kam es in der Stadt zu einem Aufstand gegen Otto III. Sein imperialer Drang führte in die Sackgasse. Gemeinsam mit dem Papst mußte Otto nach Ravenna ausweichen, von wo aus er im Juni 1001 vergeblich mit militärischen Kräften nach Rom zurückdrängte. Am 23. oder 24. Januar 1002 erlag Kaiser Otto III., erst einundzwanzigjährig, in der Burg Paterno einem Malariaanfall. Es blieb ihm vorbehalten, in Aachen neben Kaiser Karl dem Großen bestattet zu werden, während sein Reichskonzept rasch zerbrach. Europa wollte nicht unter einem hegemonialen Kaisertum geeint werden, wie sehr auch immer die altrömische Imperiumsidee angerufen werden mochte.

Bis zum Jahr 2000 ist jede Reflexion über den europäischen Einigungsgedanke gut beraten geblieben, die Lektionen des Jahres 1000 zu beherzigen. Europa kann nur werden, wenn es zwei Prämissen befolgt, die durchaus im Widerspruch zueinander stehen können. Einerseits bedarf es einer Idee von Europa, eines Bildes vom Ziel seiner Einigung. Andererseits sind Strukturen und Mechanismen erforderlich, die die unterschiedlichen Kräfte und Regionen leidlich partnerschaftlich berücksichtigen. Wo immer die „Idee Europa“ als Ausdruck des hegemonialen Strebens einzelner empfunden wird, gerät Europa als Idee und als Einheitswirklichkeit ins Schwanken. So war es stets, von Otto III. bis zu Napoleon, von Hitlers und Stalins Barbareien ganz zu schweigen. Die Europäische Union des 21. Jahrhunderts steht und fällt mit dieser Grunderfahrung. Daß Otto III. ihr im Blick auf die „Osterweiterung“ religiös und kirchenpolitisch vorgearbeitet hat, ist ein Merkposten, der seit dem Jahr 1000 daran erinnert, daß Europa mehr sein muß als die Verbindung fränkisch-deutscher

und römisch-lateinischer Traditionen. Seit den Entscheidungen dieser Zeit können Tschechen, Polen und Ungarn als „Osten des Westens“ gelten.⁵⁰

Der Blick in die Geschichtsbücher wirft aber noch weitere Erinnerungen auf, die Assoziationen zu den Diskussionen um die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens an der Schwelle des dritten Millenniums eröffnen. Beispiele: Seit 969 war die Grenze des oströmischen Reiches durch die gewaltsamen Eroberungen von Kaiser Johannes I. Tzimiskes von Byzanz wieder bis zum oberen Euphrat und Tigris vorgeschoben, in jenes Gebiet hinein, durch das aufgrund der „Kurdenfrage“ eintausend Jahre später auf neue Weise die alte Frage nach den Grenzen Europas aufgeworfen wird. Dabei geht es nicht mehr um Byzanz, sondern um die moderne Türkei. Im 10. und 11. Jahrhundert erreichte die arabische Kultur in Spanien ihre Hochblüte - um Lichtjahre entfernt von der gänzlich anders gelagerten Neuentdeckung der arabisch-islamischen Problematik am Ende des 20. Jahrhunderts. 986 gelangten isländische Siedler erstmals nach Grönland, das um 900 entdeckt worden war, und im Jahr 1001 wurde von Leif Erikson, dem Sohn des Normannen Erik des Roten, erstmals Amerika entdeckt: Vinland, das heutige Neuschottland an der nordamerikanischen Ostküste. Damals riß der Faden wieder ab, den das heutige Europa als transatlantische Rückversicherung seiner Friedensordnung und als Ausdruck der euro-amerikanischen Wertegemeinschaft mehr oder weniger pflegt und nach den Umwälzungen am Ende des Kalten Krieges zu revitalisieren sucht. Im 11. Jahrhundert entfalteten sich stadtstaatliche Republiken und monarchische Königreiche. Die Reformbewegung von Cluny führte zur christlichen Verinnerlichung und äußeren Reform der Kirche, „sie war auf religiösen Gebiet ein Symptom für die Lebenskraft der westlichen christlichen Gesellschaft, die sich nun auch auf anderen

50 Hierzu: Ludger Kühnhardt, Der Osten des Westens und die „russische Frage“, in: Derselbe, Mitten im Umbruch. Historisch-politische Annäherungen an Zeitfragen, Bonn 1995, S. 207ff.

Gebieten entfaltet“.⁵¹ Die Normannen eroberten England und die oströmischen Besitzungen Apulien und Kalabrien; sie entrissen den Muslimen Sizilien - ein Vorbote der Kreuzzüge, die das Bild vom „Mittelalter“ für viele bis zum Jahr 2000 auf verengende Weise bestimmen sollten.

Aus der Zeit um das Jahr 1000 sind mißglückte Flug- und Schweberversuche mit künstlichen Flügeln überliefert, neben Schäfern und Schmieden traten Benediktinermönche, aber auch Araber und Juden in Deutschland als Volksärzte auf und auf den Märkten waren Harnbeschauer und Heilmittelverkäufer zu sehen. Im Adel verbreitete sich die Übung, Familiennamen anzunehmen, und trotz der elektronischen Abspielsysteme ist bis heute die Weitergabe von Musik ohne Vierliniensystem mit Notenschlüsseln in der Notenschrift nicht vorstellbar - eine Erfindung des französischen Musikers Guido von Arezzo aus dem Beginn des 11. Jahrhunderts. Daß zu Beginn des 11. Jahrhunderts ein dänisch geführtes nordeuropäisches Großreich bestehend aus Dänemark, England, Norwegen und Schleswig existierte, erscheint aus der Perspektive des Jahres 2000 ebenso zeitentrückt wie die „Währungsunion“ zwischen dem Frankenreich Karl des Großen und dem englischen Königreich Merzien unter Offa im 9. Jahrhundert: Die neue Silbermünze, die Karl im Frankenreich im Umlauf brachte - der schwere Denar, der Vorläufer des heutigen Pfennig - wurde im Inselreich von König Offa als Penny durchgesetzt.⁵²

Am Ende des zweiten Milleniums wird von einer „Rückkehr der Geschichte“ gesprochen⁵³ - und dies gilt keineswegs allein für die Länder des ehemaligen „Ostblock“, die von Rom geprägt und von Byzanz berührt

51 Arnold Toynbee, Menschheit und Mutter Erde. Die Geschichte der großen Zivilisationen, Düsseldorf 1979, S. 378.

52 „Herz, was willst Du mehr! Währungsunion, über den Kanal hinweg, schon vor zwölfhundert Jahren!“ rief der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Blick auf diesen Sachverhalt aus, als er am 1. November 1988 die Laudatio auf Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand als Träger des Karlspreises der Stadt Aachen hielt: Richard von Weizsäcker, Reden und Interviews (5), Bonn 1989, S. 98.

53 Andreas Oplatka, Die Rückkehr der Geschichte, Zürich 1994.

waren und nun aus dem Einflußbereich von Moskau hinausstreben. Auch die weltpolitischen Determinanten am Ende des 20. Jahrhunderts haben die Frage „Rückkehr zu den Anfängen vor 1914?“ aufgedrängt.⁵⁴ Mehr denn je aber findet die Theorie Bestätigung, daß Geschichte ein dynamischer Vorgang ist. Bei allen Analogien, die sich demjenigen erschließen, für den die Geschichte nicht einfach bloß vergangen ist, bricht doch immer und immer wieder die Eigentümlichkeit einer jeden neuen Zeit für jeden hervor, der Geschichte nicht unter einen Endpunkt zwingen will. Dies gilt auch für die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens.

Folgende Erfahrungen mit der Geschichte der Idee Europa und der Wirklichkeit des europäischen Kontinents lassen sich am Vorabend des Jahres 2000 zusammenfassen und im Blick auf jene Fragestellungen wenden, die relevant für die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens sind:

1. Europa hat sich seit jeher schwer damit getan, die Grenzen seiner selbst zu bestimmen - dies galt sowohl territorial als auch im Blick auf die Ansprüche und Aspirationen der Völker Europas in der Welt insgesamt. Europas Grenzen lagen letzten Endes immer dort, wo die Grenzen der Organisation des politischen, kulturellen oder religiösen Willens von Europa lagen. Dieser Sachverhalt zeigt sich zu Beginn des dritten Jahrtausends hinsichtlich des institutionellen Gefüges der Europäischen Union und der Potentiale ihrer Handlungskraft. „Europa“ reicht soweit wie die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union reicht.

Anders als in vergangenen Jahrhunderten aber kann Europa sich nicht losgelöst von anderen Wirklichkeiten dieser Welt definieren. Dies zeigt sich vor allem in der Tatsache, daß „Europa“ ohne die transatlantische Verbindung mit den Demokratien Nordamerikas kaum strategische Lebensfähigkeit besitzt und doch zugleich in strengem wirtschaftlichen Wettbewerb mit den Marktwirtschaften der USA und Kanadas steht.

54 Hans-Peter Schwarz, Die neue Weltpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts - Rückkehr zu den Anfängen vor 1914?, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hg.), Die neue Weltpolitik, Baden-Baden 1995, S. 15ff.

Ebenso zeigt sich diese Tatsache in der unausweichlichen Notwendigkeit, die Beziehungen „Europas“ mit Rußland auf stabile Weise zu ordnen. Rußland ist zu groß und durch eigenwillige weltpolitische Ambitionen definiert, um einen Platz im Gefüge der „Europäischen Union“ zu finden. Dennoch hängt die Zukunftskraft der Europäischen Union auch davon ab, wie sie ihre Beziehungen zu Rußland organisiert und stabil ordnet.

2. Europa war immer das Ergebnis einer Kombination von Idee und Wirklichkeit. Ohne eine Idee seiner selbst, einen Wertbegriff seiner Eigenart konnte Europa noch niemals politische oder kulturelle Kraft entfalten. Beim Übergang in das dritte Millennium steht für diesen Zweck vor allem die - indessen wenig emotional strahlungskräftige - Idee einer „europäischen Rechtsgemeinschaft“ zur Verfügung. Die „Europäische Union“ ist an erster und wirkungsvollster Stelle eine Rechtsgemeinschaft, in der Interessen und Potentiale ihrer Mitgliedsstaaten einer gemeinschaftlichen Rechtskultur unterworfen werden. Diese ist keineswegs in allen Facetten ausgereift. Aber „Europa als Rechtsraum“ ist der sinnfälligste Ausdruck der Überwindung nationaler Antagonismen und nationalistischer Konflikte, die Europas Geschichte über Jahrhunderte bestimmt haben.

Im Blick auf die religiöse und geistige Kraft Europas müssen beim Übergang in das dritte Jahrtausend Skepsis und Sorge walten. Es mutet eigentümlich an, wenn ein hypersäkularisierter Kontinent sich nurmehr dann seiner christlich-abendländischen Wurzeln als einer Kategorie des Politischen erinnert, wenn es um die Abgrenzung gegenüber der Welt des Islam geht. Um so eigentümlicher ist, wenn im Namen eines „christlichen Europa“ ausgerechnet gegenüber dem einzigen säkularisierten Staatswesen des islamischen Religions- und Kulturkreises - der Türkei - massive Unsicherheiten über die Ausgestaltung der künftigen Beziehungen bestehen. Europa erscheint unsicher, inwieweit strategische Überlegungen oder kulturell-religiöse Faktoren die politischen Verbindungen mit dem Schwellenland an der Schwelle zum Nahen Osten, zum Kaukasus und nach Zentralasien bestimmen sollen.

3. Europa hat stets nach institutionellen Formen der Organisation seiner selbst gesucht. Dabei wurde die Spannung zwischen Einheit und Vielfalt zu einer konstitutiven Dauererfahrung. Imperiale Reichsideen wurden von „balance of power“-Konzepten und Hegemonialvorstellungen abgelöst, doch nirgendwo fand der Ausgleich zwischen Einheit und Vielfalt einen dauerhaften und allseits überzeugenden Ort. In der Europäischen Union vollzieht sich die Suche nach einem Ausgleich von Einheit und Vielfalt auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips. Indessen ist bisher unklar geblieben, welche konkreten Formen dieses Prinzip annehmen muß, damit die eigentlich zentralen Fragen eine plausible und justiziable Antwort finden. Es bedarf dazu einer klaren Festlegung von Mandaten und Kompetenzen der unterschiedlichen politischen Ebenen des mehrgliedrigen Europas. Ebenso wesentlich ist es, daß die Bürger der Europäischen Union den entsprechenden Resultaten Legitimität und Vertrauen zuerkennen.

Beispiellos im Kontext der Geschichte Europas ist der institutionelle Grad an supranationaler Integration, der beim Übergang zum dritten Millennium in der Europäischen Union erreicht worden ist. Das Verhältnis zwischen den supranationalen Elementen der europäischen Politik und den fortbestehenden Formen intergouvernementaler Kooperation und zwischennationaler Konkurrenz ist indessen nicht spannungsfrei geworden. Hinsichtlich der institutionellen Strukturen der Europäischen Union bleiben zentrale Probleme in der Schwebe, die entweder in die Richtung eines vollausgebildeten demokratischen europäischen Parlamentarismus oder eines tendenziell konsensualen und exekutiven Repräsentationssystems bei fortbestehenden nationalen Eigeninteressen auf Antworten drängen. Dies aber suchen die politischen Akteure innerhalb der Europäischen Union gerade zu vermeiden, um mit konstitutionellen Unebenheiten pragmatisch umgehen zu können. Die Debatte um das „Demokratiedefizit“ der Europäischen Union, die im Kern eine Debatte um das Problem der Rechenschaftspflichtigkeit politischer Entscheidungen ist, wird daher vermutlich immer wieder neue Nahrung finden.

Im „Buch der Richter“ läßt sich studieren, wie es um die Dinge bestellt sein kann, wenn der Zyklus einer Generation abgelaufen ist, für den die Lebenskundigen seit den Tagen des Alten Testamentes etwa die Spanne von 40 Jahren ansetzen. Nach einer Zeit der Ruhe, die gewöhnlich 40 Jahre anhielt, taten die Israeliten immer wieder aufs Neue, „was dem Herrn mißfiel.“ Sie begannen, fremden Göttern zu frönen und der Zorn des Herrn führte dazu, daß sie in die Hände von Räubern fielen. Sie wurden ausgeplündert und gerieten in Not. Aus Mitleid setzte der Herrgott Richter ein, die das Land befriedeten. Einer von ihnen, wie wir im Alten Testament nachlesen können, war Otniel. Er vermochte es, dem Land für vierzig Jahre Ruhe zu geben. „Und wiederum taten die Israeliten, was dem Herrn mißfiel.“ Neue Not brach aus und es folgte die Herrschaft des Eglon, für achtzehn Jahre war wieder Ruhe. Assoziationen zur Lage in der deutschen Politik sind unbeabsichtigt und willkürlich. Assoziationen zur Zukunft des europäischen Einigungsgedankens und zu ihrem Verhältnis zur Politischen Wissenschaft sind hingegen beabsichtigt. Denn nach einer vierzigjährigen Erfolgsgeschichte, die die Außenminister der Europäischen Union am 25. März 1997 auf dem Kapitol in Rom anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge zu Recht beschworen haben, ist es an der Zeit, die Sensoren der Politischen Wissenschaft neu zu schärfen, damit in den nächsten vierzig Jahre eben nicht die apokalyptischen Wege des warnenden Alten Testamentes eingeschlagen werden.

Vorrangig stellen sich für die Politische Wissenschaft in den kommenden Jahren drei zentrale Aufgaben in bezug auf die Grundfragen und Auswirkungen der europäischen Einigungspolitik; sie münden ein in drei Thesen, die gleichsam Arbeitsaufträge an die zukünftige Politische Wissenschaft im Bereich der Europaforschung darstellen mögen:

1. Es ist notwendig, über den Zusammenhang zwischen dem Europa der Staaten und dem Europa der Bürger neu nachzudenken und gebotene Folgerungen zu ziehen. Die Stereotypen der Diskussion sind wohlbekannt: Politikverdrossenheit, schwindender Zuspruch zur Idee der europäischen

Einigung, genauer gesagt: zu den institutionellen Ausdrucksformen der europäischen Integration, Bürgerferne und Demokratiedefizit. Die stereotypen Antworten sind ebenfalls wohlbekannt: Subsidiarität, ein Europa der Bürger, mehr Demokratie in den Institutionen. Darüber ließe sich ganze Seminarreihen lang diskutieren. Zu den Tabus der europäischen Diskussion gehört ein gänzlich anders ausgerichteter Gedanke: Europa leidet an seinen übertriebenen Demokratieerwartungen. Ein wahrhaft demokratisches Europa, oft ist es beredt gesagt worden, könne es nicht geben, weil es kein Volk von Europa gebe. Keine Demokratie ohne Demos. Die Umkehrung wagt niemand mehr deutlich zu artikulieren: auch mit einem klar definierten Demos gibt es keine reine Demokratie. Es gibt sie nirgendwo, in keinem noch so demokratischen Staat dieser Erde, und ganz gewiß wird es schwer sein, sie ausgerechnet in jenem historisch einzigartigen Experiment zu erreichen, das die Europäische Union im Verhältnis zu aller bisherigen europäischen Geschichte bedeutet. Der europäischen Idee wird nicht genützt, wenn sie mit falschen Erwartungen und unerreichbaren Idealen überfrachtet wird, zugleich aber die eigentlichen Aufgaben und Fragestellungen vernachlässigt und überspielt werden.

Die Europäische Union ist bisher als Markt und als Institutionengefüge konzipiert worden. Sie wird legitimiert durch eine Mischung aus supranationalen und intergouvernementalen Strukturen, Mechanismen und Prozeduren. Wo diese zufriedenstellend funktionieren, erwächst Zustimmung, Legitimität durch faktischen Erfolg. Beim Binnenmarkt ist dies zweifellos gelungen und es ist folgerichtig, daß die europäisch engagierte Wirtschaft an der Speerspitze der Befürworter des EURO steht. Wo die Strukturen, Mechanismen und Prozeduren indessen nicht ausreichend überzeugen, zeigt die europäische Solidarität Risse, wird der Politik rasch Versagen vorgeworfen, rächen sich die Bürger Europas mit Verdrossenheit. Im Zusammenhang mit den Defiziten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik während des Bosnien-Krieges setzte sich das vornehme Wort durch, die EU müsse ihre Handlungsfähigkeit stärken.

Handlungsfähigkeit aber erwächst nicht aus partizipationsdemokratischen Wunschvorstellungen. Dies soll kein Plädoyer gegen die Demokratie werden. Aber es muß gesagt sein, daß Demokratie sowohl auf der Idee der Mitbeteiligung als auch auf dem Grundsatz beruht, daß sie handlungsfähig und leistungskräftig ist, wenn sie auf die Dauer legitim bleiben will. Insofern bedarf es eines realistischen Bildes vom „Europa der Bürger“. Jeder funktionsfähigen Demokratie, auch unserer deutschen, ist ein gewisses oligarchisches Element zu eigen, das man aristokratisch nennen könnte, wenn der Begriff hierzulande nicht zu arg besetzt wäre und in der Sache durch Verwendung von Begriffen von Parlamentsaristokratie oder so ähnlich eher die Spötter auf den Plan gerufen würden. Nicht ohne Grund hat jedenfalls schon Aristoteles davon gesprochen, daß die beste Staatsform jene ist, in der die besten Elemente der Demokratie, der Aristokratie und der Monarchie gemischt werden.

Über sinnvolle Beiträge zu einem erlebbaren „Europa der Bürger“ wird und muß in Europa immer wieder nachgedacht werden und guten Vorschlägen ist ein möglichst großer Erfolg selbstverständlich gewünscht. Die Politische Wissenschaft muß sich aber auch Gedanken darüber machen, wie die überzogenen Erwartungen an ein „demokratisiertes Europa“ in sinnvolle Kanäle geleitet werden können. Populistisch eine Volksabstimmung zum EURO zu fordern; ist noch keine besonders originelle Idee und wäre auch kein Zeichen politischer Führungskraft, um ein Beispiel überzogener Demokratieerwartung in Europa zu benennen.

Hinsichtlich des Institutionengefüges der europäischen Politik besteht nicht so sehr ein Demokratiedefizit, allerdings in der Tat aber ein Problem hinsichtlich der Rechenschaftspflichtigkeit, das heißt dessen, was die Briten „accountability“ nennen. Die Antwort muß aber zunächst dort gesucht werden, wo das Problem besteht - also im Gefüge der Institutionen. Mit Schlagworten wie „Europa der Bürger“ oder „Subsidiarität“ kann bestenfalls die Richtung gewiesen werden. Entscheidend ist, welche Auskunft darüber gegeben wird, wer im Gefüge der Europäischen Union für welche Zwecke mit welchen Folgen zuständig ist und rechenschafts-

pflichtig gemacht werden kann. Das Verhältnis von Kompetenz und Mandat muß stimmen, wenn die EU handlungsfähig sein will und Bürgerzuspruch zurückgewinnen möchte. Wenn nationale Wirtschaftslobbyisten europäische Gesetzgebungsinitiativen auf den Weg bringen, stimmt vielleicht etwas nicht mit der Führungskraft der Brüsseler Behörden. Aber allgemeine Euroschelte im Namen der empörten Demokraten geht an der Sache haarscharf vorbei. Das Problem der ungenau definierten Beziehungen von Kompetenz und Mandat gilt übrigens auch für die in mancherlei wichtigen Frage bisher bedauerlicherweise nicht eindeutig geklärten Verhältnisse zwischen EU, WEU, NATO, OSZE und Europarat.

Die erste These lautet daher: die Politische Wissenschaft fördert das „Europa der Bürger“ auch dadurch, daß sie unter ihnen das Verständnis für das „Europa der Institutionen“ stärkt und in beide Richtungen Anregungen gibt, auf welche Weise jeder nach seinen eigenen Möglichkeiten und Aufgaben fragen kann, anstatt in den Schablonen stereotyper Vorhaltungen zu verharren. Denn die Herausforderung Europas sind weder seine Bürger noch seine Institutionen, sondern die gemeinsamen Probleme, die wir alle kennen. Von der Politischen Wissenschaft muß in den nächsten vier Jahrzehnten vor allem verlangt werden, daß sie mithilft, den Sinn für die Prioritäten wieder klarer und schärfer zu fassen, präzise über Verantwortlichkeiten zu sprechen und realistisch zu benennen, wo der Ort des Bürgerengagements in der Demokratie tatsächlich und sinnvoll ist und wo die gute Idee bloß in leere Floskeln mit nachwirkender Frustrationserfahrung umschlägt.

2. Es ist notwendig, über eine Politik der Mentalitäten neu nachzudenken und mehr zu sagen als den wohlbekanntem Satz, daß Europa von der Vielfalt seiner Traditionen lebt und niemand einen europäischen Superstaat will. Beides ist hinlänglich bekannt und selbstverständlich. Weniger weit ist die politische Bildung indessen in dem Bemühen gediehen, Methoden, Mechanismen und Inhalte zu entwickeln, die die unterschiedlichen Mentalitäten, Traditionsprägungen und Werte nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern dazu beitragen, daß die Spannungen zwischen dem Verbindenden

und dem Trennenden, dem Eigenen und dem Anderen positiv verarbeitet, unter Umständen aber einfach auch nur ausgehalten werden. Konkret gesagt: die politische Bildung muß sich stärker auf die unterschiedlichen Europa-Bilder einzelner Gruppen, Völker und Staaten einlassen und nicht immer alles nur durch die deutsche Euro-Brille zu verstehen suchen. Wir wissen einfach zu wenig von den europapolitischen Einstellungen einer ganzen Reihe von EU-Mitgliedsländern, geschweige denn von den entsprechenden Einstellungen in den künftigen Beitrittsländern. Noch weniger wissen wir über die allgemeinen Einstellungen und Vorstellungen zu Politik und Kultur in der ganzen Vielfalt Europas.

Solange dies so ist, wird die europäische Integration es immer wieder mit bizarren Stereotypen zu tun haben, die nicht anders als in intellektuellen und auch politischen Sackgassen enden können. Hierzu gehört, um ein Beispiel zu nennen, das Thema „Föderalismus“. Denken wir Deutsche an das Wort „Föderalismus“, so assoziieren wir Bürgernähe, kulturelle Eigenständigkeit und Vielfalt, Dezentralität, Zwang zum Kompromiß. Hört ein Engländer das Wort „Föderalismus“, denkt er instinktiv an Zentralisierung, Preisgabe lokaler und regionaler Rechte; und er denkt an das Muster der USA, wo aus den Siedlerkolonien zunächst eine Konföderation und dann die bis heute bestehende Föderation mit starker Zentralgewalt wurde. Die Frage ist nicht, wer Recht hat oder wer sich durchsetzen sollte. Die Frage ist, wie die politische Bildung Aspekte der politischen Mentalität stärker in die europapolitische Arbeit einbeziehen kann, um dem Umstand Rechnung zu tragen, daß Vielfalt nicht einfach nur europäische Kraftquelle ist, sondern auch vielfältigsten Zündstoff für Mißverständnisse, Kontroversen und Konflikte in sich birgt - vor allem auch solchen Zündstoff, der weder durch gutes Zureden, noch durch Überzeugungsarbeit oder gar Beschlüsse zu überwinden ist. Daß Europa mit seinen Widersprüchen leben lernt, gehört zu den Mahnungen, die ein säkulares „Buch der Richter“ an dieser Stelle anfügen müßte.

Zu einer Politik der Mentalitäten gehört auch die selbstkritische Überprüfung der europapolitischen Rhetorik bei uns. Wie häufig gerät hierzulande

in der öffentlichen Diskussion durcheinander, was eigentlich analytisch gemeint ist und was in normativer, voluntaristischer Weise gesagt wird. Beim Gebrauch unserer Sprache sind wir ständig der Versuchung ausgesetzt, in einen Nominalstil zu verfallen. Worte, die mit „-ung“ oder „-ismus“ enden, sollten von der „Stiftung Warentest“ geprüft und mit Negativsiegeln versehen werden. Denn ihnen haftet allzu häufig, zumal im öffentlichen Sprachgebrauch, die Neigung an, daß das Wort schon für die Tat genommen wird, um es faustisch zu sagen.

Insofern ist es kein neues deutsches Thema, aber es ist vermehrt eines der europapolitischen Debatte und der Außenpolitik allgemein geworden. Wenn erklärt wird, es sei deutscher Wille, die „Einbindung“ Rußlands in die europäischen Strukturen durchzuführen, dann ist durch den gewichtig vorgetragenen Satz die Sache noch um keinen Schritt weitergebracht. Wenn es heißt, das Ziel sei die „Unumkehrbarkeit“ der europäischen Einigung, dann bleibt dennoch letzten Endes für alle die unumkehrbare Gewißheit, daß allein der Tod unumkehrbar ist. Politik als Prozeß zu begreifen, nicht aber als den Versuch, mit den Mitteln des Wortes die Zukunft ein für allemal beherrschen zu wollen, wäre ein guter Ratgeber. Die politische Bildung sollte der Träger sein, um das entsprechende verbalpragmatische Verhalten zu befördern, gerade eben auch in bezug auf die Grundprobleme der europäischen Einigung.

Zu diesen gehören die unterschiedlichen Mentalitäten und Normen, politischen Traditionen und Verhaltensweisen zwischen jenem Teil Europas, der in den vergangenen vier Jahrzehnten schrittweise die Erfahrung gemacht hat, daß die europäische Einigungspolitik Friedens- und Wohlergehenpolitik ist, für die der Preis gezahlt werden muß, daß nicht jeder mit seinem politischen Kopf durch die europäische Wand preschen kann. Wo diese Grundeinsicht nur unzulänglich entwickelt ist, wie bei den Fragen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, bleiben am Ende alle eher vor der Wand stehen als daß Europa vorankommen würde. Noch prekärer aber sind die Unterschiede in Mentalität und Traditionsbewußtsein zwischen dem EU-Europa und jenen Ländern, die, wie

Vaclav Klaus es so treffend sagte, über Jahrzehnte in den kalten Räumen des Hauses Europa hatte sitzen müssen und die nun in die EU streben.

Es ist dringend Zeit, daß die Politische Wissenschaft diesen Prozeß nicht nur begleitet und ab und zu mit der moralischen Fanfare befördert, nun sei es wirklich an der Zeit, um klare und eindeutige Mitgliedschaftsentscheidungen zu treffen. Politisch sind die Staaten eines Gürtels, den ich den „Osten des Westens“ genannt habe, bereits in der EU angekommen, auch wenn sich die Verhandlungen noch eine Weile hinziehen werden, im einen Falle schneller zum Erfolg führen als im anderen und am Ende wiederum Grundfragen der inneren Handlungsfähigkeit der EU von den dafür Verantwortlichen bewältigt werden müssen. Mental aber bestehen die größeren Defizite. Denn Europaeuphorie ist noch kein Bildungserlebnis, weder hüben noch drüben, und politisch ist es auch nicht. Dies gilt übrigens auch für das unterdessen im Westen Europas wieder um sich greifende umgekehrte Verhalten, das heißt ein dem status quo verhaftetes Besitzstandsdenken, der die Völker jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs nicht mehr als selbstverständlichen Zugewinn für die Idee Europa und als Chance der Erneuerung auch im Westen, sondern nurmehr als Bürde und Sorgenkinder sieht.

Worauf es eigentlich zwischen den unterschiedlichen Teilen und Mentalitäten in Europa ankommt, ist füreinander ein geistig-politisches, emotionales und historisches Verständnis zu entwickeln. Dies darf keine Einbahnstraße sein, ebensowenig wie es eine Einbahnstraße des Lernens gibt, auf der zur Zeit die Völker des Ostens gen Westen fahren, während die Völker des Westens nichts dazulernen hätten. Dies ist ein Trugschluß, ein gefährlicher und dummer zumal. Aber jenseits der Schuldfragen und des Wundenleckens liegen neue Länder der Verheißung, jedenfalls neue Ebenen voller Aufgaben. Zu ihnen gehört es, daß die Politische Wissenschaft systematisch Wert-, Normen- und Kulturfragen in ihren gesamteuropäischen Unterschieden, Gegensätzen und Gemeinsamkeiten aufarbeiten sollte. Die zweite These lautet also: Die Europäische Union hat es im Bereich der Wirtschaft erfreulich weit gebracht und kann im Bereich der

Politik wenigstens ihre Aufgaben benennen, während im Bereich der Kulturen und der Mentalitäten noch nicht einmal dieser Zustand erreicht ist. Von Jean Monnet stammt der Satz, wenn er noch einmal anfangen könnte, würde er mit der Kultur beginnen. Die Politische Wissenschaft kommt darum in den kommenden Jahrzehnten überhaupt nicht herum. Hier liegt zugleich ihre große Chance der intellektuellen und politischen Neuprofilierung.

3. Die europäische Einigungspolitik leidet vor allem daran, daß die Frage „Wozu Europa“ undeutlich geworden ist. Dabei reicht die Formel nicht, es gehe um Einheit in Vielfalt, um Selbstbehauptung in der Welt, um Frieden und Freiheit. Das alles ist nicht nur richtig, sondern wesentlich, konstitutiv, unsere Lebensgrundlage. Dennoch reicht es nicht aus, diese Begriffe formelhaft zu verkünden, wenn nicht benannt werden kann, welche geistige Idee oder, um es pluralistischer zu sagen: welche geistigen Ideen Europa von sich selber hat, die tragfähig für den ganzen Kontinent und seine Strukturen sein können.

Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts beschränkt Europa sich auf quasi zivilreligiöse Sekundärideen. Dazu gehören wichtige Dinge wie die Verteidigung der Menschenrechte, die Zivilität des Rechtsstaates, die Ordnung des Marktes und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Diese und andere fundamentale Normen und Werte des Zusammenlebens sind in Europa verwirklicht und sie gehören ausgesprochen oder unausgesprochen zum *acquis communautaire* der Europäischen Union. Für jeden Beitrittskandidaten sind es Prüfsteine seiner Fähigkeit, Mitglied der EU zu werden.

Die Idee von Europa darf damit aber noch nicht erschöpfend benannt sein. Denn so richtig es ist, daß Demokratie und Marktwirtschaft europäische Zivilitätsbedingungen sind und Frieden und Freiheit die Antworten auf europäische Lebens- und Überlebenserfahrungen, so lassen sich diese Normen und Werte doch auch in anderen Regionen der Erde antreffen. Sie mögen europäischen Ursprungs sein, aber sie sind in Europa immer wieder widerlegt worden. Insofern sind sie für die heutige Europäische

Union sowohl wegen der guten wie der schlechten Geschichte zum Fundament geworden. Ein unverwechselbarer Ausdruck europäischer Selbstdeutung sind Demokratie und Marktwirtschaft, Menschenrechte und Frieden aber noch nicht.

Dafür muß schon tiefer gefragt werden. Nach dem Menschenbild beispielsweise. Gibt es so etwas wie ein europäisches Menschenbild, unverwechselbare europäische Positionen zu Anthropologie, Ethik, Recht? Man kann immer mit der Vergangenheit argumentieren und wird sagen, daß zu den unverwechselbaren Bausteinen Europas selbstverständlich die christliche Religion und die aus ihr erwachsene Ethik gehören. Da aber das Christentum explizit universalen Charakters ist und es gerade zu seiner Katholizität gehört, daß es weltweit Christen gibt, gleichgültig welchen Bekenntnisses, reicht der Verweis auf die christlichen Wurzeln Europas nicht aus, so dringend diese einer Revitalisierung bedürfen. Daß Europa Missionsgebiet geworden ist, gehört zu den harten, schockierenden Wirklichkeiten an der Schwelle des Jahres 2000 christlicher Zeitrechnung. Eine Lehrerin aus Nordrhein-Westfalen schrieb das Wort „Christen“ kürzlich mit „K“, ein im brandenburgischen LER-Unterricht erzogenes Kind meinte, „Gründonnerstag“ heiße deshalb so, weil man an diesem Tag grüne Speisen als Symbol dafür esse, daß der Winter vertrieben werde und der Frühling begonnen habe.

Aber die Sache ist noch schlimmer als diese Beispiele und der dahinterliegende Verlust christlicher Substanz und Traditionsüberlieferung andeuten. Die Wurzeln der Idee Europa schrumpfen, noch rasanter aber schrumpft der Konsens über die ideellen Kriterien der Verbindlichkeit zu Fragen der Gegenwart und der Gestaltung der Zukunft. Nun hängt natürlich beides auf das Engste zusammen. Aber die zum geistig-moralischen Charakteristikum gewordene europäische Beliebigkeit und Unverbindlichkeit ist mehr als nur ein Angriff auf die Substanz der Toleranzidee, denn tolerant kann auf Dauer nur sein, wer einen Standpunkt hat und wer überhaupt noch weiß, was ein Standpunkt ist.

Die Frage nach der geistigen Idee Europa, nach dem Konsens über ein Menschenbild sowie über ein Bild von der Welt und der Geschichte entscheidet darüber, wie Europa mit den zentralen sozialen und ethischen Fragen der kommenden Jahrzehnte zurechtkommen wird. Einige nur seien genannt, auch und gerade als Empfehlung für die politische Bildung: Welche Kräfte halten die Gesellschaft zusammen? Welche Auswirkungen haben die demographischen Entwicklungen auf das Generationenverhältnis und die öffentlichen Strukturen in Europa? Wollen wir nurmehr Produkte oder auch die Produktion? Welche Grenzen müssen wieder neu gezogen werden: in der Reproduktionsmedizin und in der Erziehung, in der Welt der Medien und im Bereich sozialer Ansprüche? Welche Wirkungen hat die Dauerarbeitslosigkeit auf das Solidaritätsbewußtsein der Arbeitsbesitzenden und die mediale Berieselung mit Gewalt und Kriegsbildern auf die Aggressionsneigung in unseren Gesellschaften? Dieses sind zutiefst Anfragen an die Perspektiven der europäischen Einigung geworden und insofern wird damit ein weites Feld für die politische Bildung angeschnitten. Vor allem ist es ein elementar wichtiges Feld in bezug auf die Gestalt, die Europa in den kommenden vier Jahrzehnten annehmen wird.

Die dritte These lautet also: Europa muß wieder über die Ideen diskutieren, die es von sich selbst hat und morgen als Wirklichkeit leben möchte, über das Bild vom Menschen, seine Lebensnormen und die ethischen Bedingungen seiner Freiheit. Dies ist vor allem eine geistig-ethische und nicht bloß eine ökonomische und politische Debatte. Es ist nicht einmal eine kulturelle Debatte im eigentlichen, das heißt ungenau gewordenen Sinne des Begriffs, sondern es ist eine Debatte, in der Europa jenseits der postmodernen Beliebigkeitszeitgeister wieder neu als Ort ethischer Selbstverständigung unter Menschen definiert werden muß, die wir doch alle so gern „aufgeklärt“, „mündig“ und „selbstverantwortlich“ genannt werden möchten. An Zielformeln wird genug angeboten, am meisten im Trend liegt derzeit wohl der Begriff der „Zivilgesellschaft“. Wie wir dorthin aber in Europa kommen können, das zu ergründen und zu befördern, ist eine ebenso elementare wie verdienstvolle Aufgabe der Wissenschaft in den kommenden vier Jahrzehnten.

Von dem spanischen Schriftsteller Antonio Machado stammt der kluge Satz, daß die Wege sich beim Gehen machen. Dies gilt für Europa allemal.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-53-8



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>